



EIDGENÖSSISCHE WAHLEN 2015

And the winner is ...

Es gibt den Aargauer, die Sportlerin und die Köchin des Jahres. Stellt Euch vor, es gäbe auch noch die Aargauer Sozialdemokratin, beziehungsweise den Aargauer Sozialdemokraten des Jahres. Aber was müsste die auszeichnen? Hervorragende überparteiliche Vernetzung? Provokatives Auftreten? Aufmüpfige Ideen? Kompromissbereitschaft? Kreativität? Erfolg? Eine Preisverleihung werden wir nicht organisieren. Denn die Sozialdemokratin oder den Sozialdemokraten gibt es nicht.

Ein Preis aber ist uns schon sicher: *Wir steigen am Nominationsparteitag vom 10. Januar mit einer viel versprechenden Nationalratsliste in den Wahlkampf ein.* Unsere 16 Kandidierenden stehen für die Vielfalt unserer Partei und werden das ganze Spektrum repräsentieren. Die SP als breit verankerte, heterogene Partei für alle: So stelle ich mir eine starke Volkspartei vor.

Verschiedene Parteiflügel

Ob rechter Wirtschafts- oder linker Gewerkschaftsflügel, ob konservativer ArbeiterInnenflügel oder fortschrittlicher Intellektuellenflügel: Die Kunst Volkspartei zu sein ist, das gesamte Potential zugunsten einer linken Politik auszunutzen. Das ist ein wichtiges Ziel unseres Nationalratswahlkampfes. Trotz verschiedenen Parteiflügel ist eines klar: Alle Kandidatinnen und Kandidaten werden am gleichen Strick ziehen und sich einsetzen für sozialen Ausgleich, Chancengleichheit und Ökologie.

Gemeinsam für eine fortschrittliche kantonale und nationale Politik

Neben nationalen Vorlagen steht uns kantonal die Volksabstimmung über die «Leistungsanalyse» bevor: das Resultat jahrelanger Steuersenkungen für Grossunter-



Parlamentsdienste 3003 Bern

nehmen und Superreiche. Die Konsequenz wäre ein massiver Abbau vor allem in der Bildung, im Gesundheits- und Sozialbereich, bei der Kultur und der Umwelt. Wir werden uns wehren.

Das fantastische Resultat der JUSO bei der Transparenzinitiative sowie der knappe Entscheid letztes Jahr bei der Patienteninitiative verdeutlichen, dass die SP Aargau mobilisieren und überzeugen kann. Zusammen mit unseren Kandidierenden können wir die Abstimmung gegen das Abbaupaket gewinnen.

Wir schweigen nicht

Wirtschafts- und Sozialpolitik – manchmal ist es für die SP ein Kampf alleine gegen die Welt, vor allem dann, wenn eine Kampagne von gesellschaftspolitischen Fragen wie Kriminalität, Einwanderung und Islam dominiert wird. Die Sozialstruktur der Schweiz wurde in den letzten Jahrzehnten grundlegend umgepflügt, mit

starker Auswirkung auch auf die Politik. Der Rechtspopulismus ist allgegenwärtig. Momente der Sprach- und Hilflosigkeit kennen wir alle. Dass wir in diesem Dilemma nicht stecken bleiben, wird auch unsere Nationalratsliste zum Ausdruck bringen: 16 Frauen und Männer, die etwas zu sagen haben.

Dazu gehört auch unsere Ständerätin Pascale Bruderer, die erneut zur Wahl antritt. Ihr Erfolg 2011 war grossartig. 2015 braucht auch sie wieder unsere ganze Kraft.

Ich freue mich auf ein spannendes Wahljahr und auf grosse Unterstützung für unsere Kandidierenden. Und auf den 18. Oktober, wenn es heisst: «and the winner is ... die SP Kanton Aargau.»



Elisabeth Burgener Brogli
von Gipf-Oberfrick
ist SP-Grossrätin und
Co-Präsidentin der SP
Kanton Aargau.

EDITORIAL

Transparenz und Demokratie

Die Initiative der JUSO für die Offenlegung der Politikfinanzierung wurde am 28. September 2014 trotz 44,31 Prozent Ja-Stimmen abgelehnt. Wir dürfen also von einem Achtungserfolg sprechen. Im Vorfeld hatte die Initiative keinen einfachen Stand gehabt: Von den



bürgerlichen Parteien und den Medien wurde sie systematisch angeschossen, die Forderungen der Initiative gingen weit, die Urheberin war eine kleine kantonale Partei mit 2 Prozent Wähler_innenanteil, und ein grosses Kampagnenbudget war nicht vorhanden. Das trotz diesen Hürden gute Resultat zeigt nun: Die Bevölkerung hat genug von der Korruption in der Politik. Und nicht nur die linken Wähler_innen haben genug. Fast 45 Prozent Ja bedeuten im bürgerlichen Aargau eine Zustimmung weit über die linken Parteigrenzen hinaus. Darum ist für uns klar, dass das Thema noch nicht vom Tisch ist. Im Gegenteil, wir müssen bestärkt durch dieses Resultat weiter für mehr Transparenz kämpfen. Die Initiative war ein erster Schritt. Als erste Reaktion haben wir zusammen mit der JUSO Schweiz eine nationale Petition lanciert, und die JUSO Aargau wird das Thema im Hinblick auf die Nationalratswahlen präsent halten. Ein bürgerlicher Finanzskandal wäre dort keine grosse Überraschung. Aber auch das Aargauer Parlament ist gefordert, dem Willen eines grossen Bevölkerungsteils im Aargau Folge zu leisten und sich mit dem Thema auseinandersetzen. Nur durch stetigen Druck können wir die Demokratie stärken.

Sascha Antenen von Zofingen
ist Präsident der JUSO Aargau,
Vize-Präsident der SP Zofingen-Uerkheim-
Brittnau und SP-Einwohnerat.

INTERVIEW

Neu in der Geschäftsleitung

links.ag: Gabriela Suter, Du wurdest neu vom Parteitag in die Geschäftsleitung (GL)



gewählt. Was waren Dein beruflicher und Dein politischer Werdegang? Wo liegen Deine Stärken?

Gabriela Suter: Seit bald neun Jahren bin ich im Einwohnerrat Aarau, wo ich mit Elan und Hartnäckigkeit die SP-Anliegen vertrete. Ich habe Geschichte und Deutsch studiert und die letzten zehn Jahre an einer Kantonsschule unterrichtet. Seit August dieses Jahres arbeite ich als Historikerin und absolviere eine Weiterbildung. Ich bin Generalistin, kann mich schnell in ein Thema einarbeiten und bringe analytische Fähigkeiten mit.

Was sind Deine politischen Anliegen? Was willst Du in der GL bewegen?

Ich bin in der SP, weil ich für eine gerechte, solidarische und nachhaltige Gesellschaft einstehe. An der SP schätze ich besonders, dass die Parteibasis bestimmt, in welche Richtung politisiert wird, und die Mitglieder stark in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Der Austausch zwischen Funktionär_innen, gewählten Politiker_innen und Basis soll verstärkt werden.

Wie erlebst Du die SP Aargau heute, ein Jahr vor den eidgenössischen Wahlen? Was steht an?

Ich bin zuversichtlich, dass die SP bei den nächsten Wahlen Wähleranteile dazugewinnt. Nur mit einer starken SP kann unsere Gesellschaft solidarischer und gerechter werden. Nun geht es darum, mit einem guten Wahlkampf möglichst viele Menschen zu überzeugen, SP zu wählen.

Gabriela Suter von Aarau ist SP-Einwohnerrätin. Seit dem 16. September 2014 ist sie Mitglied der Geschäftsleitung der SP Kanton Aargau.

ENERGIEWENDE

Richtung stimmt, Tempo nicht

Bundesrat und Parlament beschlossen 2011 nach der Atomkatastrophe von Fukushima den schrittweisen Atomausstieg. Damit verbunden ist die Energiewende auf der Basis der «Energierategie 2050» des Bundes: Unsere Auslandsabhängigkeit von umweltbelastenden fossilen Energien soll reduziert und der Ausstieg aus der risikobelasteten Atomenergie eingeleitet werden. Es soll vermehrt auf Energieeffizienz und einheimische erneuerbare Energien gesetzt werden. Zwischenzeitlich hat die Energiekommission des Nationalrats (UREK) die Vorlage beraten. In der Wintersession kommt sie in den Gesamtrat. Eine Zwischenbilanz.

Die Richtung hin zur Energiewende stimmt, das Tempo nicht. So bringt die Vorlage Fortschritte zur Förderung erneuerbarer Energien und zur Senkung des CO₂-Ausstosses. Bei den Effizienzvorschriften für Anlagen, Fahrzeuge und Geräte folgte die Kommission weitgehend den Vorschlägen des Bundesrates. Auch wurde im Kernenergiegesetz verankert, dass es keine neuen Atomkraftwerke geben soll. Bei der konkreten Umsetzung des schrittweisen Atomausstiegs blieb die Kommissionsmehrheit jedoch mutlos und unverbindlich.

Beschlüsse

Die Kommission verpasste die Chance, mit klaren AKW-Restlaufzeiten Planungssicherheit zu schaffen. Das ist kurzsichtig, und es ist eine Hochrisikostategie auf Kosten der Bevölkerung. Das AKW Beznau ist mittlerweile 45 Betriebsjahren das älteste noch in Betrieb stehende Atomkraftwerk der Welt. Trotz Revi-

sionen und Nachrüstungen: Alles kann nicht ausgewechselt und erneuert werden. Das birgt mit zunehmendem AKW-Alter steigende Risiken. Immerhin ist das in der Kommission neu beschlossene Langzeitbetriebskonzept ein Schritt in die richtige Richtung. Es sieht vor, dass die AKW-Betreiber nach den ersten 40 Betriebsjahren alle 10 Jahre dem Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI ein Langzeitbetriebskonzept vorlegen müssen, das Sicherheitssteigerungen aufzeigt und genehmigt werden muss. Dieser Prozess kann aber mehrfach wiederholt werden. Das heisst: Auch die Laufzeit der alten AKW der ersten Generation könnten so mehrfach um zehn Jahre verlängert werden.

Wie ein Velo ohne Räder

So wären auch 60 oder 70 Jahre für das AKW Beznau möglich. Ich habe daher für die Plenumsberatungen im Nationalrat einen Antrag eingereicht, mit dem ich verlange, dass die bereits über 40jährigen Atomkraftwerke spätestens nach 50 Jahren ausser Betrieb genommen werden müssen. Damit müssten Beznau I 2019 und Beznau II 2021 vom Netz. Das ebenfalls betroffene AKW Mühleberg soll gemäss Verlautbarungen der Bernischen Kraftwerke 2019 ausser Betrieb gehen. Wird mein Antrag angenommen, ist der Weg für einen echten und planbaren Einstieg in den Ausstieg geebnet. Denn eine Energiewende ohne Betriebsende für die AKW ist wie ein Velo ohne Räder, untauglich zum Vorwärtskommen. Positiv stimmt mich, dass die Energiewende im Kleinen stattfindet. So erfuhr ich beim Schreiben dieser Zeilen, dass es um mich herum im Siggenthal zwischenzeitlich bereits über 40 Solarstromproduzenten gibt.



AKW Beznau



Max Chopard-Acklin von Obersiggenthal ist SP-Nationalrat und Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie UREK.



Helen Ramseler

PROJEKTE DER SP FRAUEN AARGAU

SP Frauen starten durch

Die neue Präsidentin der SP Frauen Aargau Viviane Hösli startet mit frischem Schwung. Das an der Frühlingsversammlung verabschiedete neue Reglement wurde Ende August auch vom Parteirat genehmigt. Nun werden Projekte vorgestellt.

Das nun gültige Reglement wurde im Oktober an alle Frauen verschickt. Wesentliche Änderungen gibt es bei der Kerngruppe und den Finanzen. Neu können die SP Frauen Aargau Rückstellungen bilden, was insbesondere für die Wahljahre wichtig ist. Die SP Frauen Aargau starten vorerst ohne Kerngruppe und arbeiten in Projektgruppen. Der Aufruf zur Mitarbeit in diesen Projektgruppen läuft. Der jeweils nötige Zeitaufwand für die einzelnen Projekte wird angegeben, damit sich auch vielbeschäftigte Frauen beteiligen können. Falls du Interesse hast, in einer dieser Projektgruppen mitzuarbeiten, melde dich einfach unter: frauen@sp-aargau.ch. Folgende Projekte sind konkret geplant:

Hearing Nationalratskandidierende

Projektdauer: 19. November 2014 bis 10. Januar 2015

Zeitaufwand: ungefähr 3 Sitzungen

Dein Talent: Kreative Ideen

Wir wollen alle Kandidierenden für den Nationalrat vor dem SP-Nominationsparteitag mit Fragen zur Gleichstellung und Feminismus löchern. Dazu erstellen wir einen Fragebogen mit frechen, tiefgründigen und verzwickten Fragen rund um die Genderthematik. Die schriftlichen Antworten auf diesen Fragebogen werden wir am Parteitag vom 10. Januar 2015 auflegen. Rasche Anmeldung ist erforderlich, da die erste Sitzung bereits am 19. November um 20 Uhr stattfindet.

Neugestaltung Homepage der SP Frauen Aargau

Projektstart: So bald als möglich

Zeitaufwand: ungefähr 2 Sitzungen

Dein Talent: Textsicher und kreativ

Text und Inhalt auf der Homepage der SP Frauen Aargau sollen angepasst werden. Dafür benötigen wir deine Inputs und Textvorschläge.

Diese können wir gemeinsam umsetzen, oder du bist die stille Schafferin und machst das in deiner Schreibstube.

Begleitung Gesetzgebungsprozess

Externe Kinderbetreuung

Projektstart: Ab 18. November 2014

(Beratung im Grossen Rat)

Zeitaufwand: Schwierig einzuschätzen,

Ein- und Ausstieg jederzeit möglich

Dein Talent: Interesse am Parlamentsbetrieb und am Thema

Das Rahmengesetz externe Kinderbetreuung wird voraussichtlich am 18. November das erste Mal im Grossen Rat behandelt. Die SP Frauen Aargau wollen diesen Gesetzgebungsprozess eng begleiten, kommentieren und aktiv darauf einwirken. Dieses Projekt richtet sich an Politeinsteigerinnen, die Neues lernen wollen, wie auch an beratend mitwirkende erfahrene Frauen. Wenn du dir den ersten Beratungstag im Grossen Rat freihalten kannst, wäre das toll, aber es ist keine Bedingung. Wird das Rahmengesetz wie vorgesehen umgesetzt, ist es wichtig, dass die Umsetzung in den Gemeinden gut gemacht wird. Wir begleiten auch diesen Prozess und bringen uns aktiv ein.

Geplante Projekte für 2015

■ **Wahlen 2015:** Die SP Frauen Aargau begleiten die Nationalratswahlen 2015

■ **Frauenförderung in Bezirken und Gemeinden:** Wie kann eine wirksame Frauenförderung vor Ort umgesetzt werden?



Viviane Hösli aus Zofingen ist SP-Grossrätin und Präsidentin der SP Frauen Aargau.

INTERVIEW

Neu in der Geschäftsleitung

links.ag: Peter Koller, Du wurdest vom letzten Parteitag in die Geschäftsleitung



(GL) gewählt. Seit Januar 2008 bist Du SP-Grossrat des fortschrittlichen Bezirks Rheinfelden und unterrichtest Englisch am Gymnasium Münchenstein/BL. Welche Stärken kannst Du in die GL einbringen?

Peter Koller: Zwar bin ich erst in fortgeschrittenem Alter der SP beigetreten und politisch aktiv geworden. Unterdessen habe ich mir aber in den verschiedensten Rollen einiges an Erfahrung gewonnen. Zu meinen Stärken zähle ich, dass ich zuhören kann und lösungsorientiert, flexibel sowie (meist) zuverlässig bin.

Wo liegen Deine politischen Schwerpunkte? Was willst Du in der GL bewegen?

Peter Koller: Durch meinen Kommissionssitz als Grossrat hat sich mein Interesse in den vergangenen Jahren immer stärker auf die Sicherheitspolitik fokussiert. Daneben liegt mir als Lehrer selbstverständlich die Bildungspolitik am Herzen. In der GL möchte ich mithelfen, dass die SP mit ihren immer aktuellen, wichtigen Zielen die Menschen noch besser erreicht.

Wie erlebst Du die SP Aargau heute, ein Jahr vor den eidgenössischen Wahlen? Was steht an?

Peter Koller: Das neue Parteipräsidium bringt viele neue Ideen und frischen Elan. Diesen positiven Schwung gilt es mit allen Kräften zu unterstützen und für die Wahlen auszunutzen. Wenn uns das gelingt, kommt's gut!

Peter Koller von Rheinfelden ist SP-Grossrat. Seit dem 16. September 2014 ist er Mitglied der Geschäftsleitung der SP Kanton Aargau.

TERMINE 2015

Frauendemo zur Lohngleichheit in Bern:
7. März 2015

Frühlingsversammlung (Frauenkonferenz):
27. April 2015

Herbstversammlung: 11. November 2015

SP-BEHÖRDENTAGUNG VOM 18. OKTOBER 2014

Asylpolitik und Leistungsabbau be

Rund 50 SP-Vertreter_innen aus aargauischen Gemeinde-, Stadt- und Einwohnerräten, die Bundesparlamentarier_innen Pascale Bruderer, Yvonne Feri und Parteipräsident Cédric Wermuth sowie Parteipräsidentin Elisabeth Burgener diskutierten am 18. Oktober im Grossratsgebäude mit kompetenten Gästen über die Themen Asylpolitik und Abbaumassnahmen des Kantons.

Was ist ein Flüchtling und was tut das UNHCR¹?

Die Schweiz- und Liechtenstein-Beauftragte des UNHCR (siehe auch ihren Artikel in links. ag 148 vom September 2014²) Susin Park erläuterte den Flüchtlingsbegriff, die Situation und die Herausforderungen angesichts der heute weltweit über 51 Millionen Menschen auf der Flucht. Das «Handbuch für Parlamentarier» des UNHCR über den Flüchtlingschutz klärt den Flüchtlingsbegriff und zeigt auch, dass «durch wiederkehrende Zyklen der Gewalt und systematische Menschenrechtsverletzungen in vielen Teilen der Welt immer komplexere Vertreibungssituationen entstehen.» Alte und neue Konflikte führen dazu, dass seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie so viele Flüchtlinge unterwegs waren wie heute. Diese müssten oft die gleichen gefährlichen Routen nehmen wie die Migranten und landeten oft ohne Schutz in Zweitländern – meistens in den Nachbarländern. Die Aufgabe des UNHCR ist es, den Schutz der Flüchtlinge in den einzelnen Ländern mit deren Behörden zu organisieren und zu unterstützen, ebenso die eventuelle freiwillige Rückkehr und immer öfter auch die Integration. Das UNHCR kann nur Nothilfe bieten, denn seine von den Geberländern abhängenden Mittel sind sehr beschränkt. Es braucht in Europa und in der Schweiz mehr Plätze für Kontingentflüchtlinge³, die USA, Kanada oder Australien sind hier viel aktiver.

Zu wenige Unterkünfte für Asylsuchende

Regierungsrätin Susanne Hochuli beschrieb die schwierige Situation des Kantons, der immer mehr vom Bund zugewiesene Asylsuchende unterbringen muss, dabei aber oft auf die Ablehnung der Bevölkerung stösst und zu wenige kleinere und grössere Unterkünfte zur Verfügung hat – weil solche bis 2007 abge-

baut wurden, nicht weil mehr Asylsuchende kommen. Für 1809 Unterzubringende gibt es im Kanton 1656 Unterkunftsplätze, die Auslastung der Unterkünfte beträgt 109 Prozent. 107 Gemeinden erfüllen die Aufnahmepflicht mit Gemeinde- und Kantonsunterkünften, 109 Gemeinden nicht. Der Kanton ist für die Asylsuchenden im laufenden Verfahren sowie für die Ausreisepflichtigen verantwortlich, die Gemeinden für Personen mit Integrationsauftrag. «Massnahmen zur Sicherstellung genügender Asylunterkünfte» sollen mit einer Teilrevision des Sozialhilfe- und Präventionsgesetzes bis im Juni 2015 vom Grossen Rat beraten werden und auf Anfang 2016 in Kraft treten.

Das Asylverfahren und Dublin

Justizdirektor Urs Hofmann stellte in seinen Ausführungen zum Asylverfahren fest, dass in keinem Rechtsbereich in den letzten Jahren «der Kompass sich derart gedreht» habe. Die Probleme mit der Unterkunft seien auch eine Folge der Politik: Bis 2007 wurden unter dem damaligen Justizminister (Blocher kk.) Reserveunterkünfte abgebaut in der Meinung, so die Einreisen von Asylsuchenden unattraktiv zu machen. Der Abbau rächt sich heute in einer Notsituation. Hofmann stellte die (langwierigen) Asylverfahren vor und die Verschärfung

derselben durch das Dublin-Abkommen von 1997, dem seit 2008 auch die Schweiz assoziiert ist. Zuständig für das Asylverfahren ist dabei der Staat des ersten Asylgesuchs oder der festgestellten Einreise in den Abkommensraum. Seit 2010 wird an einer Änderung des Schweizer Asylrechts gearbeitet. Dieses soll vor allem eine Beschleunigung der Verfahren bringen und die Unterbringung neu regeln. Damit wird eine rechtskräftige Erledigung der Gesuche innerhalb von 100 Tagen angestrebt. Urs Hofmann beschrieb auch die Bedingungen für Härtefallentscheide. Geprüft werden dabei insbesondere die Integration, die familiären Verhältnisse und die Zumutbarkeit einer Rückkehr in den Herkunftsstaat.

Freiwillig flieht niemand

Unter diesen Bedingungen erstaunt es nicht, dass für Asylsuchende keine genügende Unterkunft und Betreuung zur Verfügung stehen. Patrizia Bertschi, Präsidentin Netzwerk Asyl, sprach über die Betreuungskonzepte und die kaum zugängliche Bildung und Beschäftigung, die besser als eine Kriminalisierung wäre und die bei den Asylsuchenden vorhandenen Ressourcen nutzen könnte. Die mehrheitlich prekären Unterkünfte für Einzelpersonen und Familien führen zu Spannungen, die sehr



1 Das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (United Nations High Commissioner for Refugees UNHCR) schützt und unterstützt Flüchtlinge seit 1950 auf der ganzen Welt.

2 www.sp-aargau.ch/fileadmin/Dokumente/links.ag/links.ag_148_September_2014.pdf

3 Zahlenmässig limitierte Flüchtlingsgruppen, die für unbestimmte Zeit Aufnahme in einem sicheren Land finden. Zwischen 1950 und 1995 kamen Tausende von Kontingentflüchtlingen aus Ländern wie Tibet, Ungarn, Vietnam, Jugoslawien oder dem Irak in die Schweiz.

beschäftigten Gemeinden

knapp gehaltenen Gelder für Asylsuchende verunmöglichen ihnen genügend Ausgaben für Schule, Bekleidung, Fahrkarten, Sport- und Freizeitvereine und überhaupt das soziale Leben. Patrizia Bertschi ist mit dem Netzwerk Asyl im Kontakt mit den Behörden.

Beim Thema Asyl stellt sich immer die Frage: Wie gehen wir mit den Asylsuchenden um? Können wir das verantworten? Wo sind Verbesserungen innerhalb des Rechts möglich? Wie können wir die Verschärfung des Asylrechts angesichts der populistischen Attacken verhindern? Was bedeutet der viel gehörte Spruch, man «müsse die Ängste der Bevölkerung ernst nehmen»? In der Diskussion wurden diese und Einzelfragen der Gemeinden besprochen, nicht gelöst.

Das Aargauer Abbaupaket und seine Folgen

Der Copräsident der SP-Grossratsfraktion Dieter Egli sprach über das Abbaupaket der Regierung und dessen Ursachen und Wirkungen: Zuerst gab es 2006 und 2012 Steuersenkungen vor allem für Reiche und Unternehmen, immer mit dem Versprechen, der Kanton könne «die öffentlichen Aufgaben weiterhin mit guter Qualität erfüllen». Ein Referendum der SP 2012 blieb erfolglos. Ab 2014 droht nun ein Staatsdefizit. Deshalb soll mit einem Abbaupaket, «Leistungsanalyse» genannt, «gespart» werden: 2015: 55 Millionen Franken, 2016: 80 Millionen Franken, 2017: 120 Millionen Franken. Der Abbau trifft vor allem Bildung, Soziales, Sicherheit, Kultur und Umwelt, viele Aufgaben

werden auf die Gemeinden abgeschoben. Der Regierungsrat sieht keinen Zusammenhang zwischen Einnahmen und Ausgaben. Die SP aber betont: «Der Kanton hat kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmenproblem.» 193 Abbau-massnahmen sind nun auf dem Weg, wovon 33 in der Kompetenz des Parlaments (Gesetzesrevisionen), und 156 in der Kompetenz der Regierung liegen (Budget im Grossen Rat). Gegen die Gesetzesänderungen wird ein Behördenreferendum von bürgerlicher Seite erwartet – dieser geht der Abbau zu wenig weit. Die SP hat zusammen mit den Grünen, den Gewerkschaften und Berufsverbänden eine Petition gegen den Abbau lanciert. Wir müssen uns bei der Abstimmung gegen die Gesetzesänderungen wehren, so Egli, und der Bevölkerung die Zusammenhänge zwischen Steuergeschenken für Reiche und Abbau für die Mehrheit immer wieder erklären.

Den Gemeinden angehängt

Gross- und Stadträtin Franziska Graf-Brupacher erläuterte, wie sich der Abbau und die Kostenverschiebungen auf die Gemeinden auswirken. So wird die Streichung des Berufswahljahres, bisher ein guter Einstieg in das Berufsleben für nicht sehr lernstarke Schüler_innen, Folgekosten für die Sozialausgaben der Gemeinden bringen. Die Abschaffung der Pilzkontrolle wird die Kosten für diese den Gemeinden, die sie sich leisten wollen, aufbürden. Die Kostenreduktion des Kantons auf die Pflichtlektionen der Berufsschulen werden zur Folge haben, dass die Wohnortsbeiträge steigen. Interessant war auch zu hören, dass es zwischen dem Kanton und den Gemeinden bei der Berechnung der abgeschobenen Kosten Differenzen gibt.

Die von Elisabeth Burgener und Cédric Wermuth moderierte rege Diskussion der Gemeindevertreter_innen mit den Referent_innen zeigte, dass beide Themen die Gemeinden stark beschäftigen, dass die SP-Vertreter_innen unideologische, pragmatische und für die betroffenen Flüchtlinge wie für die Einwohnerinnen und Einwohner tragbare und menschliche Lösungen suchen, dies auch im Sparkorsett, das der Kanton auch den Kommunen aufzwingt.



Salome Strobbe

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.



KOMMENTAR

Zur Sozialdemokratie

Populisten können ohne Theorie erfolgreich sein, auch linke Populisten. Aber eine Partei wie die Sozialdemokratie,



der es nie nur um Wahlerfolge dank billiger Schlagworte und charismatischer Personen ging, sondern um die grundlegende Frage, wie sich die Gesellschaft insgesamt entwickeln soll,

kann auf die theoretische Grundierung und Durchdringung ihrer Arbeit nicht verzichten... Die Illusion einer sozialen Marktwirtschaft in Europa und der damit verbundene zunehmende Wohlstand für alle – das war ja das grosse Ziel, das der Sozialdemokratie vorschwebte –, diese Illusion ist nur dadurch aufrechtzuerhalten, dass in anderen Teilen der Erde soziale Zustände herrschen, wie wir sie in Europa zuletzt im 19. Jahrhundert gekannt haben. Genau diese Zustände haben zum Aufstieg der Sozialdemokratie geführt.

In: Die Zeit, 9. Januar 2014. (www.zeit.de/2014/03/konrad-paul-liessmann-spoee).

In der Chancengesellschaft, die nicht zuletzt auch von der Sozialdemokratie favorisiert wurde und wird, verstehen sich die «Chancenbefähigten nicht mehr als kollektive Akteure, sondern als individuelle Jäger um die Beute des sozialen Aufstiegs, des Prestigegewinns, der materiellen Zusatzgratifikation» und wer in dieser «individualisierten Schlacht durch rigide Chancen nicht mithält, hat rundum und für allemal verloren.» (Franz Walter) Unter diesen Bedingungen wäre ein Konzept von Solidarität zu reaktivieren, dem es nicht nur um die Etablierung von Chancengerechtigkeit geht, sondern auch um Angebote für diejenigen, die zu den Verlierern zählen.

In: Festrede zum 125-Jahr-Jubiläum der SPÖ am 11. Januar 2014 (<http://noe.spoee.at/artikel/videos-fotos-und-texte-zu-125-jahre-spoee>).

Konrad Paul Liessmann ist Philosophieprofessor an der Universität Wien (siehe S. 15).

KOMMENTAR

Unbarmherzige Festung Europa

Jeden Samstag werden aus der Schlange vor Petrou Ralli, der Athener Ausländerbehörde, von der Polizei willkürlich zwanzig Menschen ausgewählt, die in Athen nur hier ein Asylgesuch stellen können. Um die Plätze in der Schlange wird gekämpft. Infrastruktur und Versorgung bei der tagelangen Warte-



tereit der Frauen, Männer und Kinder fehlt. Es gab auch schon Todesfälle. Der St. Galler Historiker und Journalist Kaspar Surber beginnt seine Recherche «An Europas Grenzen»* an diesem Ort der Hoffnungslosigkeit. Er reiste 2011/2012 an vier Plätze, «an denen europäische Migrationspolitik ausgehandelt wird: Lampedusa, Strassburg, Griechenland und Warschau». Mit der Recherche wollte er «Fragen zur Grenzziehung» klären: Wie und aus welcher Ideologie ist der Schengen-Raum historisch entstanden? Welche Rolle spielt die Schweiz? Gespräche mit Geflüchteten, Politikerinnen, Anwälten, Grenzwächtern und Aktivistinnen dokumentieren den täglichen Wahnsinn an den Grenzen Europas. Gezeigt wird, wie mit wachsenden Flüchtlingszahlen die Schliessung und die «Militarisierung der Südgrenze», die Kriminalisierung und die Ausbeutung der Flüchtlinge einhergehen. Die Schweizer Politik greift zwar vorläufig nicht zu offener Rechtsverweigerung, verschärft aber das Asylrecht ständig und wirkt in den Schengen- und Dublinverträgen mit.

Surber plädiert für mehr Rechte und «mehr Zugänge für alle», der Philosoph und Aktivist Andreas Cassee in seinem Nachwort für «Bewegungsfreiheit statt Geburtslotterie». Ein informatives, unsentimentales, eindrückliches, politisch kluges Buch.

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.

*Kaspar Surber: An Europas Grenze. Fluchten, Fallen, Frontex. 176 Seiten, mit Fotos von Enrico Gagnino und Georg Gatsas. Echtzeit Verlag Basel 2012. Fr. 29.90.

MIGRATIONSPOLITIK IN EUROPA

Für eine andere Migrationspolitik

Der Journalist Kaspar Surber trug am Parteitag der SP Kanton Aargau vom 16. September 2014 seine Vorschläge für eine andere Flüchtlingspolitik vor. links.ag hat bei Kaspar Surber nachgefragt.

links.ag: Was ist eine territoriale Grenze? Wer darf sie übertreten?

Mit der Entstehung der modernen Nationalstaaten bildeten sich auch die heutigen Grenzen und der Zwang zu einem gültigen Reisepass heraus. Mit dem Grenzübergang ändert der Rechtsstatus einer Person. Wir Schweizer mit unserem wohlgeleiteten Pass bemerken das kaum, wenn wir um die Welt reisen. Ein Asylsuchender aber wird mit dem Übertritt über die Schweizer Grenze isoliert und illegalisiert: bis hin zum Nothilfe-Regime, einer unwürdigen, rechtlosen Zone mitten in unserem reichen Land, dem er nach abgelaufenen Verfahren ausgesetzt wird.

Wie sähe eine andere, offensive Asyl- und Migrationspolitik aus?

Migration und Flucht werden, realistisch betrachtet, stattfinden und zunehmen. Abschottung ist da verlorene Zeit. Eine fortschrittliche Migrationspolitik sieht Migration nicht länger als Problem, sondern als Selbstverständlichkeit. Sie muss meiner Meinung nach drei Ziele verfolgen: Sie schützt die Löhne aller hier Anwesenden, denn ein offener Arbeitsmarkt kann zu Lohndumping führen. Sie bekämpft jegliche Diskriminierung aufgrund des Passes, etwa bei den Arbeitsrechten oder beim Familienleben. Und sie erweitert die Demokratie mit dem Stimm- und Wahlrecht für alle Einwohner_innen. Wie wir uns heute schämen, dass es so lange bis zur Einführung des Frauenstimmrechts dauerte, werden wir einst nicht verstehen, dass wir einen Viertel der Bevölkerung, die Ausländer, so lange von der Mitbestimmung ausgeschlossen haben.

Ein Jahr vor den eidgenössischen Wahlen bedienen die Migrationshardliner-Parteien die alten Vorurteile gegen Ausländer_innen und wollen unsere garantierten Menschenrechte abbauen.

Umso wichtiger ist es, nicht mitzumachen bei der hetzerischen Stimmungsmache. Wir dür-

fen als Linke den immer radikaleren Positionen der bürgerlichen Parteien kein Verständnis entgegenbringen, sondern müssen eine eigenständige, fortschrittliche Migrationspolitik vertreten: für Menschenrechte für alle. Wichtig im Wahlkampf, auch für die SP Aargau, wird das Gespräch mit den Leuten auf der Strasse. Dabei kann auch betont werden, dass nicht an jedem Problem «die Ausländer» schuld sind.

In Deinem Buch sagt ein Migrant: «Europa kann seine Zäune noch so hoch bauen, die Menschen kommen trotzdem, nur ihre Reise wird gefährlicher.» Die Abschottungspolitik an den Grenzen Europas forderte seit 2010 23 000 Tote im Mittelmeer*. Was bedeutet dies für unsere Politik?

Die Schweiz ist als Mitglied des Schengen- und des Dublin-Vertrags mitverantwortlich für die stille, tödliche Katastrophe, die sich im Mittel-

Vor etwas mehr als hundert Jahren fürchteten sich die Menschen in vielen Schweizer Kantonen vor einer Überfremdung durch «Kantonsfremde», im Kanton Zürich beispielsweise bestand grosse Skepsis gegenüber Menschen aus dem Aargau.**

meer abspielt. SP-Justizministerin Simonetta Sommaruga muss sich deshalb auch auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass eine ungefährliche Migrationspolitik endlich Realität wird. Das heisst auch, dass die besonders exponierten südlichen Staaten nicht länger die Hauptlast tragen müssen. Es hat noch genug Platz und vor allem reichlich Wohlstand in der Schweiz, damit wir mehr Flüchtlinge und Migranten bei uns aufnehmen können.

Der Journalist und Historiker Kaspar Surber von St. Gallen schreibt seit 2007 für die WoZ. Die Fragen stellte Katharina Kerr.

* Gemäss einer internationalen journalistischen Recherche zu den Folgen der Abschottungspolitik: <http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/die-toten-vor-europas-tueren-1.18272891>.

** Andreas Cassee im Nachwort zu Kaspar Surber: «An Europas Grenze»

BILDUNGSDISKUSSION

Gegen die Diktatur der BildungsexpertInnen

Kompetenzen statt Wissen: Hier setzt die Kritik des linken Wiener Philosophieprofessors und Kulturpublizisten Konrad Paul Liessmann an. Das auch dem Deutschschweizer Lehrplan 21 zugrunde liegende Kompetenzkonzept sei «ein Kind der Ökonomie», es stelle Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bereitschaften vor Wissen, Erkenntnis und Neugier. Und das sei verheerend, meint nicht nur Liessmann.

Die Polemik ist eine Tochter der Ethik und der Aufklärung. Sie bringt Tatsachen und Erkenntnisse auf einen Punkt, der aus dem Nebel der Schönschreibe herausragt und sie bringt sie so, dass man sie auch mit Genuss zur Kenntnis nehmen kann, manchmal contre coeur, wenn die Polemik nicht unserer Meinung entspricht. Der ebenso ernsthafte wie witzige Heinrich Heine hat die Kunst der Polemik zur Hochblüte gebracht, und Konrad Paul Liessmann, Verfasser von Werken über die Schönheit, über Abgrenzungen in der Gesellschaft und über Bildung, steht auch in dieser Tradition. Seine beiden 2014 erschienenen Streitschriften über Theorie und Praxis «der Unbildung» basieren auf Überlegungen über die Bildung in unserer von der Ökonomie geprägten Gesellschaft – und auf der Frage, «inwiefern Bildung zum Glück der Menschen tatsächlich etwas beitragen kann». Dabei geht es nicht um unsere unselbige Debatte, ob nun die duale Lehre oder der Weg über die Matura (die auch für duale Lehren immer mehr verlangt wird) glücksversprechender sei.

Der Druck der Kompetenzorientierung

Glück ist aber so nicht zu finden, denn: «Das aktuelle Glücksversprechen der Bildung ist ein falsches, weil es dabei weder um Bildung noch um Glück geht. Es geht, wenn überhaupt, um Abrichtung, Anpassung und Zufriedenheit durch Konsum.» In elf Kapiteln geht Liessmann den heute ökonomisierten Bildungsbegriffen, ihren Akteuren und deren Opfern nach: Pisa, Bologna, Bildungsexperten, das Verschwinden des Wissens und das schwurbliche Ersetzen von Fächern durch kompetenzorientiertes, segmentiertes Spezialwissen (wozu?), dem «Powerpoint-Karaoke» und dem Wikipedia-Ersatzwissen, der Infanti-

lisierung der Bildungsbeteiligten, dem neuen Analphabetismus als Bildungsziel, der entleerenden Unrast („Diktatur der Geschäftigkeit“). Den Schlusspunkt bildet ein Kapitel über «die Schönheit des Nutzlosen».

Liessmann und die Folgen

Konrad Paul Liessmann wird durchaus wahrgenommen, seine Werke sind Gegenstand von Repliken und Debatten, seine attraktive Rede wird gerne publizistisch und politisch genutzt. Aber welche Wirkung haben seine Analysen? Wird die Schweizer Diskussion über den kompetenzbasierten Lehrplan 21 durch Liessmann befruchtet oder bleibt sie von den SVP-Ideologen und dem Sparwahn gesteuert? Eine andere, verantwortungsbewusste Diskussion ist

Bildung ist ein Mittelstandsphänomen. Für die Eliten ist sie bedeutungslos, weil entweder selbstverständlich oder überflüssig. Und die sogenannten bildungsfernen Schichten haben andere Werte und Ideale, an denen sie ihre Lebensentwürfe orientieren möchten. Nur die durch die Globalisierung bedrohte Mittelschicht glaubt noch an ihre Chancen durch Bildung und an einen sozialen Aufstieg durch das Sammeln von ECTS-Punkten, Modulen und Zertifikaten. Gleichzeitig aber scheinen diese Chancen von allen Seiten bedroht.

aufgrund der Einwände von Konrad Paul Liessmann möglich. Wir sollten sie führen.

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.

Konrad Paul Liessmann: **Geisterstunde**. Die Praxis der Unbildung. Zsolnay Wien, September 2014. 181 Seiten, geb. Fr. 27.90. **Theorie der Unbildung**. Die Irrtümer der Wissensgesellschaft. 174 Seiten. Zsolnay Wien, Februar 2014, TB Fr. 15.–

KOMMENTAR

Nur die dümmsten Kälber ...

... wählen ihren Metzger selber, heisst es. Und bei Ecopop gilt dies ganz besonders. Denn diese seit 1970 bestehende



Bewegung, die angeblich nur den Umweltschutz zum Ziel hat, will die «Zuwanderung im dreijährigen Durchschnitt» auf 0,2 Prozent pro Jahr beschränken. Der Bund soll mindestens 10 Pro-

zent der Entwicklungszusammenarbeit in die «freiwillige Familienplanung» investieren und darf «keine völkerrechtlichen Verträge abschliessen», die dagegen verstossen. Knebel also verschiedener Art: ein brutaler Zuwanderungsstopp, der Arbeitsplätze gefährdet und mit dem rechtlich schlechter gestellte KurzaufenthalterInnen ins Land geholt würden – zum Schaden aller Arbeitnehmenden. Die bilateralen Verträge fielen wohl endgültig. Die Sozialwerke bekämen grosse Probleme, Gesundheitswesen, Pflege, Bau, Forschung und Lehre würden kaum mehr funktionieren. Und die «freiwillige Familienplanung» hat man in Entwicklungsländern schon erlebt: Zwangssterilisierungen in Indien und die chinesische Einkindpolitik haben Leid vor allem für arme Frauen gebracht und keinen Umweltschutz. Die Probleme, die diese fremdenfeindliche, kolonialistische und schädliche Initiative beschreibt, werden nicht mit Ausgrenzung gelöst, sondern mit einer gerechten Güterverteilung, mit Korruptionsbekämpfung und einer intelligenten Umwelt- und Energiepolitik. Davon liest man aber beim merkwürdig zusammengewürfelten Ecopop-Komitee nichts.

Da leider viele auf die Masche «Einwanderungsstopp» hereinfliegen, ist es wichtig, dass wir uns kräftig für ein Nein einsetzen und vor allem am 30. November abstimmen gehen.

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.

AARGAUER STEUERPOLITIK

Wer hat, dem wird gegeben ...

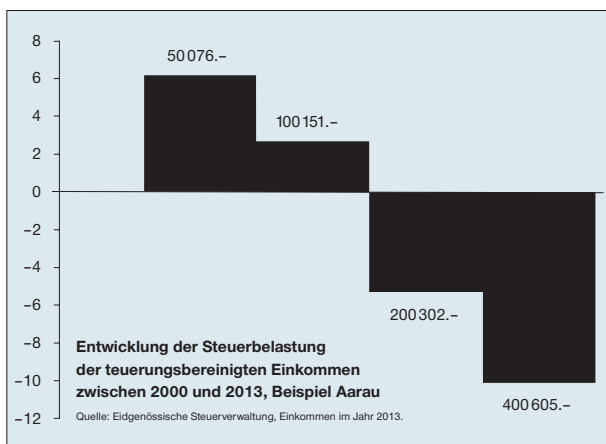
Der Kanton Aargau war in den vergangenen Jahren ein regelrechtes Eldorado für Superreiche und Grossunternehmen.

Die bürgerliche Steuerpolitik kannte nur eine Richtung: Wer hat, dem geben wir noch mehr! Eine Steuer(geschenk)revision jagt seit 15 Jahren die andere. Mit einem Resultat, das die neoliberalen Träume vollständig erfüllen dürfte: Rechnet man die Teuerung ein, so zahlen heute alle, die über 200 000 Franken verdienen, weniger Steuern als noch vor 15 Jahren – alle anderen zahlen mehr (siehe Grafik). Das gleiche Spiel bei den Unternehmen. Seit 2006 wurden die Kapitalsteuer halbiert und die Gewinnsteuer um gut ein Drittel gesenkt. Das Resultat dieser blinden Politik zeigt sich jetzt in aller Härte: Der Kanton hat ein massives Finanzproblem.

Die Mär vom «strukturellen Defizit»

Selbstverständlich erinnert sich die bürgerliche Mehrheit in Regierung und Parlament nicht mehr an die Steuergeschenkensorgen. Und mit tatkräftiger Unterstützung der Monopolmedien wurde das Problem einfach umgedeutet: Schuld sei der explodierende Staatshaushalt. Das wird dann «strukturelles Defizit» genannt.

Nur: Das stimmt nicht. Mit Ausnahme der Krisenjahre um 2008 wächst die Wirtschaft im Kanton Aargau relativ konstant zwischen



zwei und drei Prozent jährlich – die Staatsquote hingegen (Kantonsausgaben gemessen an der Wirtschaftsleistung) ist seit 2004 (9,8 Prozent) praktisch stabil (10,7 Prozent 2013).

Wir sagen: So nicht – jetzt die Petition unterschreiben!

Das Defizit will man jetzt mit massiven Leistungskürzungen korrigieren. Gespart wird mit dem Zweihänder: Weniger Krankenkassenprämienverbilligung für Familien, radikale Einschnitte bei der Bildung, weniger Umweltschutz, weniger Energieförderung, weniger Kultur, weniger Er-

gänzungsleistungen für Rentner_innen, teurere Altersheime, teurer öV ... Und ab 2018 steht sogar eine Erhöhung des Steuerfusses für alle zur Diskussion. Kurz: Die breite Bevölkerung soll die Steuergeschenke für Reiche und Unternehmen im Nachhinein finanzieren.

Dazu sagen linke Parteien, Umweltverbände und Gewerkschaften entschieden nein: Wir sind nicht bereit, diese Umverteilung von unten nach oben zu finanzieren! Deshalb haben wir gemeinsam eine Petition gegen den Leistungsabbau lanciert. Sie kann unter www.aargaufueralle.ch unterschrieben werden.



Cédric Wermuth von Baden ist SP-Nationalrat und Co-Präsident der SP Kanton Aargau.

24. Berner-Suppe à la Nationalrat Max Chopard-Acklin



Donnerstag 18. Dezember 2014
19.30 bis 21.00 Uhr

Restaurant JoJo
5620 Bremgarten

Bericht von der Wintersession

Gast: Regierungsrat
Urs Hofmann

mit offerierter Suppe

Es lädt ein:
SP Bezirk Bremgarten
SP Bremgarten-Zufikon

AGENDA

18. November
Parteirat
19 Uhr, Restaurant Rathausgarten, Aarau

9. Dezember
Geschäftsleitungssitzung der SP Aargau
18 Uhr im Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43

13. Dezember
5. Apéro fédéral – REGIONAL! von Ständerätin Pascale Bruderer Wyss
10.30 Uhr in der Turnhalle Zürcherstrasse in Neuenhof.
Grusswort von Gemeindeammann Susanne Voser.
Der Anlass wird für Gehörlose in Gebärdensprache übersetzt.

18. Dezember
Berner-Suppe à la Nationalrat Max Chopard-Acklin
19.30–21 Uhr, Restaurant JoJo, Bremgarten. Gast: Regierungsrat Dr. Urs Hofmann.

Parolen für die Abstimmung vom 28. September 2014

Abschaffung der Pauschalbesteuerung: **Ja**
Ecopop: **Nein**
Gold-Initiative: **Nein**

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43
Postfach, 5001 Aarau
Tel. 062 834 94 74, Fax 062 834 94 75
sekretariat(at)sp-aargau.ch
www.sp-aargau.ch

Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage links.ag: 3255 Expl.
Redaktion: Katharina Kerr
katkerr(at)katkerr.ch

Redaktionsschluss für diese Ausgabe
27. Oktober 2014
Redaktionsschluss nächste Ausgabe
1. Dezember 2014
Erscheinen nächste Ausgabe
18. Dezember 2014

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Sascha Antenen, Elisabeth Burgener, Max Chopard-Acklin, Katharina Kerr, Peter Koller, Helen Ramseier (Foto S. 11), Johannes Rüesch (Foto S. 14), Salome Strobel (Foto S. 12/13), Kaspar Surber, Gabriela Suter, Cédric Wermuth, David Zehnder (Fotos S. 9 und 16).



Die Gemeinde Neuenhof und Ständerätin Pascale Bruderer Wyss laden ein zum



5. Apéro fédéral – REGIONAL!

am Samstag, 13. Dezember 2014, um 10.30 Uhr
in der Turnhalle Zürcherstrasse in Neuenhof

Der Anlass wird für Gehörlose in Gebärdensprache übersetzt.



Pascale Bruderer Wyss berichtet von den Entscheidungen, Ereignissen und Erlebnissen während der Session und freut sich auf einen regen Austausch zu politischen Aktualitäten.

Gemeindeammann Susanne Voser hält ein Grusswort und lädt im Anschluss an die Veranstaltung zum Apéro, offeriert von der Gemeinde Neuenhof.

Alle Interessierten sind herzlich willkommen!